

Arbeitsblatt des
Stadtrates Bocholt
amtlicher Anzeiger
des Stadtrates, von
Bürgermeistern
intern und extern
zu Kreisen. Voran
der Zeitungspartei

Volksblatt

Gesetzstellen:
Bocholt, Borkener, G.
Jauerburg 92 und 97.
Rheider, J. Heinrichs.
Zinnhauer, W. Wolling.
Verlag: Th. Farnas.
Dortmund 1.

Nummer 102

Mittwoch, den 13. April

Jahrgang 1927

Tagesfragen.

Nur nur wader verleumden, es wird schon etwas hängen bleiben! Nach diesem Geschäftsprinzip des Ehrgeizes hat der Reichsanwalt Dr. Müller aus Plauen gehandelt, als er leichtfertig seine Anschuldigungen gegen Dr. Stresemann in Briefen niederlegte, um dem politischen Gegner, wie man in Berlin sagt, das Gas abzugeben. Er beschuldigte den Reichsanwalt, er habe 1920 als Mitglied des Ausschusses der Exportator A. G., seine Macht als Abgeordneter mißbrauchend — Minister war er damals noch nicht — in ein Strafverfahren eingeleitet, dadurch eine verbrecherische Handlung, Auslieferung von Kriegsmaterial, gebet und der Korruption Vorwand gegeben. Den Beweis für diese Behauptungen ist Dr. Müller aus Plauen schuldig geblieben, obwohl er es nicht an einer weit ausholenden Vorbereitung seines Prozesses hatte fehlen lassen. Das Ergebnis der Beweisaufnahme ist, daß gegen die Exportator A. G. kein Verfahren wegen Auslieferung von Kriegsmaterial angestrengt gewesen ist, daß ihre keine Schenkungen allgemeiner Art nachgewiesen werden konnten, daß die beschlagnahmten 29 Waggons kein Kriegsmaterial enthalten haben, daß der Brief Stresemanns an den Reichsanwalt nicht geschrieben worden ist, als auch das Verwaltungsverfahren vor dem Reichswirtschaftsgericht, das aber der Angeklagte in seinen Vorwürfen gegen den Minister nicht meinte, noch nicht im Gange war, und daß Stresemann auch von dem Konto Ostwald, das Ostwald, der Generaldirektor der Exportator, für Zuwendungen an die Deutsche Volkspartei angelegt hatte, nichts gewußt hat. So hat eine Reihe der infamsten Behauptungen zur Aburteilung, Behauptungen, durch die Leiter der deutschen Außenpolitik vor der gesamten Welt unmöglich gemacht werden sollte. Das Plauer Gericht hat geglaubt, diese Gemeinheit mit 10 000 Mark fügen zu dürfen. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate Gefängnis beantragt. 10 000 Mark sind ja nun zwar kein Pappenstiel, aber eine Freiheitsstrafe wäre doch wohl an gegeben gewesen. Denn die kann kein anderer für den Ehrgeiz der Aburteilung, während sich für die Aufbringung der Geldstrafe schon Gefängnisgenossen finden lassen werden. Immerhin ist weit wichtiger als die Höhe der Strafe, daß der Reichsanwaltminister unterdrückt durch den Schmutz, der gegen ihn geschleudert worden ist, nach der ausgedehnten Verhandlung dahinsteht. Den Deutschnationalen, die jetzt die Koalitionsgenossen der Partei Dr. Stresemanns sind, ist dieser Prozeß nicht gerade angenehm gewesen. Sie bestreiten, daß der Kauf der Aktien, für die der Oberregierungsrat Goebel dem Franz 5000 Mark aus der Deutschnationalen Parteikasse gezahlt hat, im Sinne einer Materialsammlung gegen Stresemann aufzufassen sei. Nicht zu bestreiten ist aber, daß die zur Verurteilung des Ministers, zu der heute hat dienen müssen, durch die er nach dem Wunsche gewisser Reichstreue als politischer Gegner erledigt werden sollte. Ist die Strafe, die Dr. Müller aus Plauen submittiert worden ist, auch milde ausgefallen, so möchte man doch wünschen, daß sie für gütige Jungen abschreckend genug sei. Es ist eine falsche Methode, die politische Ideen durch persönliche Gefälligkeiten und Verleumdungen bekämpft. Und es wird höchste Zeit, daß solche Prozesse, die in Deutschland seit dem Erzberger-Prozeß zu den periodischen Erscheinungen gehören, aus dem Parteikampf verschwinden. Mit Recht sagt die „Kölnische Zeitung“, daß da, wo die Parteien oder ihre Angehörigen nicht selbst die Schuld aufbringen können, um wenigstens die schlimmsten Auswüchse der Parteiführung zu beseitigen, die gesamte Politik nicht auf eine Ebene kommen kann, wo sie nach innen und außen Ansehen genießt.

Wenn der preussische Innenminister, mag er nun Geber oder Geberlein heißen, in politisch wichtige Beamtenstellen Angehörige der Regierungsparteien beruft, so ist das nach demokratischer und sozialdemokratischer und auch nach unserer Auffassung in der Ordnung. Denn es ist die Pflicht des Ministers, daß er für die Durchführung der vom Landtag gebilligten Maßnahmen der Regierung sorgt, und er hat dazu auf den politischen Beamtenposten Männer nötig, die innerlich mit dem Regierungskurs übereinstimmen. Nach demokratischer und sozialdemokratischer Auffassung ist es aber Futtertrippenswirtschaft, wenn der Reichsminister des Innern unter dem parlamentarischen System sich zur gleichen Selbstverständlichkeit bekennet und dementsprechend handelt. Im Reichsministerium des Innern sind, wie wir gemeldet haben, der Staatssekretär Schulz, der Leiter der Kulturbildung, und der Ministerialdirektor Dr. Brecht, der Leiter der Verfassungsabteilung, in den einflussreichen Ruhestand versetzt worden. Schulz ist der einzige aus der Revolution übrig gebliebene parlamentarische Staatssekretär. Er ist sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, unter dem Namen Bildungsschulz schon in der Vorkriegszeit in seiner Partei und darüber hinaus wohl bekannt. Von seinem Amt als Staatssekretär ist er auf eigenen Wunsch zur Ausübung seines Reichstagsmandats schon länger beurlaubt. Als Staatssekretär gehört er zu den Beamten, die jederzeit zur Disposition gestellt werden können. Es ist also nicht zu unrichtig zu sagen, wenn an seine Stelle der dem Zentrum angehörige Ministerialrat Pellenz geht.

Wenn der Reichsanwaltminister unterdrückt durch den Schmutz, der gegen ihn geschleudert worden ist, nach der ausgedehnten Verhandlung dahinsteht. Den Deutschnationalen, die jetzt die Koalitionsgenossen der Partei Dr. Stresemanns sind, ist dieser Prozeß nicht gerade angenehm gewesen. Sie bestreiten, daß der Kauf der Aktien, für die der Oberregierungsrat Goebel dem Franz 5000 Mark aus der Deutschnationalen Parteikasse gezahlt hat, im Sinne einer Materialsammlung gegen Stresemann aufzufassen sei. Nicht zu bestreiten ist aber, daß die zur Verurteilung des Ministers, zu der heute hat dienen müssen, durch die er nach dem Wunsche gewisser Reichstreue als politischer Gegner erledigt werden sollte. Ist die Strafe, die Dr. Müller aus Plauen submittiert worden ist, auch milde ausgefallen, so möchte man doch wünschen, daß sie für gütige Jungen abschreckend genug sei. Es ist eine falsche Methode, die politische Ideen durch persönliche Gefälligkeiten und Verleumdungen bekämpft. Und es wird höchste Zeit, daß solche Prozesse, die in Deutschland seit dem Erzberger-Prozeß zu den periodischen Erscheinungen gehören, aus dem Parteikampf verschwinden. Mit Recht sagt die „Kölnische Zeitung“, daß da, wo die Parteien oder ihre Angehörigen nicht selbst die Schuld aufbringen können, um wenigstens die schlimmsten Auswüchse der Parteiführung zu beseitigen, die gesamte Politik nicht auf eine Ebene kommen kann, wo sie nach innen und außen Ansehen genießt.

Die deutsch-polnischen Wirtschafts-Verhandlungen.

Verdrehtungen Jaleskis.

* Berlin, 12. April. (Traht.)

Mit der den Polen anscheinend eigentümlichen Verdrehungskunst behauptet der polnische Außenminister in einem Interview, Deutschland sei der polnischen Ausfuhr von Holz, Kohle, Vieh und Getreide Widerstand entgegen und Polen könne in Deutschland keine Fertigkeiten verkaufen, da Deutschland diese selbst herstelle. Es liegt Zynismus in der Methode, daß von polnischer Seite die bisher unüberwindlichen Schwierigkeiten bei den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen Deutschland unter dem Vorzeichen in die Schuhe geschoben werden, als handle es sich in der Hauptsache um die Abwehr polnischer Einfuhrwünsche. Es kann demgegenüber immer nur betont werden, daß diese Frage lediglich eine nebensächliche Rolle spielt. Der hauptsächlichste Streitpunkt liegt gar nicht auf dem Gebiet der Tarifabmachungen, sondern bezieht sich auf das Niederlassungsrecht, ein Problem, in welchem Polen einen Standpunkt einnimmt, der für Deutschland einfach denkwürdig nicht annehmbar ist, weil es den wichtigsten allgemeinen Teil eines Handelsvertrages vollständig entwertet würde. Auf dem Gebiet der Tarifvereinbarungen kommen die Schwierigkeiten ebenfalls von polnischer Seite. Die Vertragszölle, welche Polen anbietet, sind immer noch absolut prohibitiv. Bedauerliche wertlose „Zugeständnisse“ mit Einfuhrerleichterungen für polnische Produkte zu bejahen, hat Deutschland keine Veranlassung. Vielmehr Polen etwas Brauchbares an, so wird Deutschland über gleichwertige Konzessionen mit sich reden lassen.

Land unterm Kreuz.

* Berlin, 12. April. (Eig. Traht.)

Von polnischer Seite wird mitgeteilt, daß der polnische Gesandte in Berlin der Reichsregierung eine Protestnote der polnischen Regierung gegen die Durchführung des bekannten Oberschlesienfilms „Land unterm Kreuz“ überreicht hat. Von zuständiger deutscher Stelle wird hierzu erklärt, daß von der Überreichung einer derartigen Note amtlich nichts bekannt sei. Es habe nur eine Unterredung stattgefunden, bei welcher allerdings die Frage der Aufführung des Films „Land unterm Kreuz“ berührt worden sei.

als Ministerialdirektor zum Leiter der Kulturbildung ernannt worden ist. Genau so liegt der Fall des Ministerialdirektors Dr. Brecht, der ebenfalls der Sozialdemokratie nahesteht. Von seinem Nachfolger, dem Oberverwaltungsgerichtsrat v. Kameke weiß der „Vorwärts“ zu melden, daß er ein „Mann von reaktionärer Gesinnung“ sei und die Aufgabe habe, das Konkordat zu bearbeiten, ebenso wie Wellengarb die Bearbeitung des Reichsschulgesetzes übertragen werden soll. Der „Mann von reaktionärer Gesinnung“ ist bisher nicht in der Öffentlichkeit hervorgetreten, ob er es ist anzunehmen, daß er parteipolitisch dem Minister v. Reubell nahesteht. Das Reichskabinett hat den Personalveränderungen zugestimmt, genau so wie es beispielsweise, als der heutige deutsche Gesandte in Riga, der Sozialdemokrat Dr. Köster, Reichsinnenminister war, auf seinen Wunsch der Verabschiedung des Staatssekretärs Dr. Lewald zugestimmt hat. Das „Berliner Tageblatt“ sah hierin damals nichts Unkorrektes, jetzt aber schreibt es, den „Vorwärts“ noch überbittend, daß „dieser Streich auf dem Gebiet der Personalpolitik“ gezeigt habe, daß das künftige Mißtrauen auch gegen die Männer am Werke sei, die früher das Vertrauen der Republik besaßen, nämlich den Reichskanzler Marx und die übrigen Zentrumsmänner, da sie sämtlich im Reichskabinett dieser Futtertrippenswirtschaft zustimmen konnten. Der „Vorwärts“ spricht von „schwarzblauer Personalpolitik“ und sucht der Deutschen Volkspartei klarzumachen, daß sie dadurch an die Wand gequert werde. Daß man tatsächlich in volksparteilichen Kreisen über die bisherige Nichtberücksichtigung bei der Verteilung der Stellen unzufrieden ist, läßt die „Kölnische Ztg.“ erkennen. Es steht aber die Befolgung eines zweiten Ministerialdirektorspostens in der Reichstanzlei mit einer der Volkspartei nahestehenden Persönlichkeit nahe bevor, und vermutlich werden auch noch andere Personalveränderungen folgen, bei denen die Partei wohl nicht zu kurz kommen dürfte. Wenn der Bruder des Reichsinnenministers, Ministerialrat v. Reubell, vom Reichsinnenministerium ins auswärtige Amt übertritt, so liegen dafür begriffliche persönliche Gründe vor. Es verlaute ferner, daß auf den Gesandtenposten in Riga und Warschau ein Wechsel eintreten soll. Für den Sozialdemokraten Dr. Köster soll eine den Deutschnationalen nahestehende Persönlichkeit nach Riga kommen, während als Nachfolger Ulrich Raupers, des Gesandten in Warschau, der einen anderen

Was die grundsätzliche Seite des Oberschlesienfilms betrifft, so stimmt das Urteil des „Berl. Tag.“ mit unserer Auffassung überein, wenn es in seiner Dienstaussage schreibt:

„Der Film ist kein Hegfilm. Ohne Ausdrucksfähigkeit reißt er historische Tatsachen auseinander. Es muß gegenüber dem polnischen Proletariat daran erinnert werden, daß die Polen bei jeder Gelegenheit ohne die mindeste Rücksicht ihrem Chauvinismus die Fügel schiefen lassen, und daß ihre Vergeltungspraxis viel aufreizender wirkt als irgend ein Hegfilm. Sie haben danach moralisch keine Verachtung, die gefälschte Leberwurst zu spielen.“

Aber selbst wenn es sich, was gar nicht der Fall ist, bei dem Oberschlesienfilm um ein Propagandastück antipolnischer Tendenz handelte, hätten die Polen noch kein Recht, Jeter und Morbio zu schreiben. In Warschau selbst läuft nämlich seit mehr als drei Wochen vor ausverkauften Häusern der französisch-amerikanische Hegfilm „Die große Parade“, in welchem die Deutschen in schimpflichster Weise als Barbaren hingestellt werden. Dieser Film steht aber nicht etwa vereinzelt da. In Warschau gelangen fast alle Filme zur Vorführung, die in der Nachkriegszeit von französischen und amerikanischen Zeitungsgebern gedruckt wurden. Vor nicht langer Zeit wurde in zwei der größten Warschauer Kinos der Hegfilm „Die vier apokalyptischen Reiter“ vorgeführt, wobei das polnische Publikum sich in begeisterten Rundgedungen und in Heulrufen gegen die Deutschen erging. In den Filmkritiken der polnischen Presse wird die Deutlichkeit fortgesetzt. Diese Filme gelangen in fast allen polnischen Provinzfäden zur Vorführung. Die polnische Entrüstung über den deutschen Oberschlesienfilm charakterisiert sich also in jeder Beziehung als eine widerliche Heuchelei.

Die polnische Protestnote überreicht!

* Berlin, 12. April. (Nachts 12 Uhr.) Die die Telegraphen-Union von zuständiger Stelle erklärt, ist heute abend im auswärtigen Amt die polnische Protestnote gegen den Oberschlesien-Film „Land unterm Kreuz“ überreicht worden.

Erneuter deutscher Wahlsieg in Polnisch-Oberschlesien.

* Katowitz, 11. April. Die am Sonntag erneut vorgenommene Gemeindevahl in Rurow (Kreis Rybnitz) ergaben für die deutsch-polnische Volkspartei 1472 und für die polnischen Parteien 1413 Stimmen. Die deutschen Parteien haben 8 und die polnischen 7 Mandate errungen.

ren Posten erhalten soll, der Votschaftsrat an der Partier Votschaft Rietz genannt wird. Alles in allem ist zu sagen, daß die Personalveränderungen, die beschlossen worden sind und noch beschlossen werden, nicht anders zu beurteilen sind, denn als natürliche Folgeerscheinungen des parlamentarischen Systems, wie man sie auch in anderen Ländern kennt. Dort aber pflegt sich die Opposition nicht darüber aufzuregen, weil man sie als Selbstverständlichkeiten ansieht. Nur bei uns bleibt es der jeweiligen Opposition vorbehalten, von Futtertrippenswirtschaft zu reden.

Im Berliner Sportpalast hat am Montag abend eine vom Reichsbanner veranstaltete republikanische Kundgebung stattgefunden, in der als Redner Oberpräsident Hörsing, der demokratische Landtagsabgeordnete Ruschke und Dr. Wirth auftraten. Diese Kundgebung hat wieder einmal den Beweis dafür geliefert, daß man im Reichsbanner auf die Gefühle und Anschauungen der ihm angehörigen Mitglieder der Zentrumspartei verzweifelt wenig Rücksicht zu nehmen pflegt. Den Beweis dafür erbringt in diesem Falle die Rede Hörsings. Wirth liess nur ein paar Sätze daraus:

„Zum ersten Male“, sagte der Bundesvorsitzende des Reichsbanners, „trifft uns der Reichsbanner, der von der überlebenden nationalen Regierung durchgegriffen ist. Es ist ein Bild des Schreckens, eine Verzerrung des Volkswillens. Im Reich steht hinter diesem Reichsbanner nur eine verschwundene Welt in der Reichstheorie, daß diese Regierung nicht, aber auch gar nicht, zur Arbeitsbeschaffung tut, daß sie ein auf den Leib der Unternehmern zugeschnittenes Arbeitsgesetz durchsetzt, das für Millionen die Arbeitslosigkeit dauernd macht, die nun aus Steuermitteln erhalten werden müssen.“

Am Ort wie am Arbeitszeitgesetz haben die besten gewerkschaftlichen Kräfte aus dem christlichen Lager mitgearbeitet. Diese Männer und an ihrer Spitze Siegerwald soll die aus der sozialdemokratischen Opposition heraus geborene Dege Hörsings treffen. Mit ein paar demagogischen Redensarten glaubt er die im letzten Tagungsabschnitt des Reichstages geleistete Arbeit abtun zu können, an der die Partei der in der Versammlung mehrfach apostrophierten „Zentrumskameraden im Reichsbanner“ starken Anteil genommen hat! Das nennt derselbe Hörsing in derselben

Rede Nichtemischung des Reichsbanners in den Parteistreit! — Dr. Wirth sprach, wie er versicherte, frei von der Leber weg. Er sagte, er sei der Unzufriedenheit unter den Unzufriedenen, bedauerte, daß im Reichsministerium des Innern der sozialdemokratische Staatssekretär Schulz und der ebenfalls sozialdemokratische Ministerialdirektor Brecht in den einflussreichen Ruhestand versetzt worden sind und verriet weiter, daß er jetzt alle Hoffnung auf Preußen legt, wo die allgemeine Volkswahl zeigen werde, wie das preussische Volk regiert werden wolle. Langanhaltender stürmischer Beifall wurde ihm nach dem „Vorwärts“ zuteil, als er ausrief: „Helft alle, daß wir in Preußen die republikanische Balance erhalten und daß wir im Reich die Reichsregierung so bald wie möglich ein Ende bereiten.“ Zufällig steht an der Spitze dieser Regierung, die das Reichsbanner zu stürzen mitwirken soll, der Vorgesetzte der Zentrumspartei Dr. Marx, der selbst dem Reichsbanner angehört. Man muß feststellen, daß die Abneigung gegen die Koalition seiner Fraktion mit der Rechten Dr. Wirth keinerlei Rücksichtnahme mehr geboten erscheinen läßt, obwohl er der Reichsregierung auch nicht den geringsten Vorwurf einer Vernachlässigung des Schutzes der Verfassung und der republikanischen Staatsform zu machen weiß.

Die politischen Folgen der Hausjuchungen in China.

Die Nachrichten aus China lauten durchaus widerspruchsvoll. Nach der einen Meldung soll die Südarmerie in erfolgreichem Vordringen gegen Norden sein, nach der anderen haben Truppenteile der Nordarmee Tschangsholins durch den gestiegenen Transport von 5000 Mann auf das rechte Jantse-Fluss einen nachhaltigen Erfolg gegen die Südarmerie errungen. Da nach der letzten Meldung ein englisches Kanonenboot die Operationen der Nordarmee unterstützte, geht auch hieraus wieder mit aller Deutlichkeit hervor, wie es sich bei dem chinesischen Bürgerkrieg durchaus nicht um den Kampf chinesischer Truppen an sich handelt, sondern um den Interessenskonflikt zwischen dem vorkommenden Aufstand einerseits und der von England geführten Mächtegruppe andererseits. Wäre diese letztere Gruppe sich einheitlich über ihre Ziele im Klaren, so würde die Nordarmee, mit der die Mächte sympathisieren, sicherlich viel leichter der Rantonmacht Herr werden. Da aber vorläufig Amerika und Japan sich zurückhalten, um bei einem deutlicher in die Erscheinung tretenden Austrag der englischen und russischen Waffen noch mit einigen Trümpfen aufzuwarten und die Rolle des lachenden Dritten spielen zu können, so sind die Erfolgsaussichten der Volschewiken nicht so durchaus schlecht, wie es sonst nach Lage der Dinge der Fall sein müßte.

Aber auch Rußlands Aktionsfreiheit ist stark gebunden. Seine tatsächlichen Machtmittel im Fernen Osten sind nach dem eigenen Zugeständnis Rykows, des Präsidenten der Volkskommissare, auf dem allrussischen Sowjet-Kongress in Moskau, wenig imponierend; denn bis jetzt hat die Sowjetunion kein einziges Kriegsschiff in chinesischen Gewässern und keinen einzigen roten Soldaten auf chinesischem Boden. Die diplomatische Aktion, die Moskau soeben gegen die Peking Regierung losgelassen hat, nimmt sich denn auch ziemlich leidend an. Es wird in diesen Verhandlungen nur die Entfernung der chinesischen Polizei, die Freilassung der verhafteten Sowjetleute, die Rückgabe sämtlicher Dokumente und die Erstattung des gestohlenen und beschlagnahmten Gütes verlangt, es wird aber nicht einmal die Bestrafung der Schuldigen oder sonst eine Sühne gefordert. Die Abberufung des sowjetischen Gesandten in Peking, der nach dem Peking, die bis zur Erfüllung der Moskauer Forderungen angeordnet wird, ist auch nur eine halbe Maßregel, da die konsularischen Beziehungen weiter aufrecht erhalten bleiben sollen, so daß also von einem gänzlichen Abbruch der diplomatischen Beziehungen keine Rede sein kann. Trotz aller alarmierenden Meldungen, insbesondere der englischen Presse, wird man einstweilen den unmittelbaren Ausbruch kriegsgerichtiger Ereignisse nicht zu befürchten haben.

Die durch das Eingreifen der mit dem Einverständnis des diplomatischen Doyens vorgehenden chinesischen Polizei gegenüber der Sowjetvertretung geschaffene Lage bildet natürlich in allen internationalen Kreisen den Gegenstand dauernder Erörterung. Der hier geschaffene Präzedenzfall kann in der Zeit von den schwersten Folgen für die Zukunft begleitet sein. Es mag ohne weiteres zugegeben werden, daß der Vertreter Hollands, Oudenbyp, sachlich im Recht war, als er den chinesischen Gewalttätigkeiten Zutritt zu den russischen Gefandtschaftsbezirken gab, auch die Tatsache, daß Rußland seinerzeit auf die alten Vertragsrechte innerhalb des Gefandtschaftsbezirks verzichtet hatte, mag bei dem Vorgehen der fremden Diplomaten als Entschuldigung dienen. Trotzdem wird man die schweren politischen Folgen solcher Handlungswelt auch dann nicht übersehen dürfen, wenn die Beziehungen zwischen Moskau und Peking wiederhergestellt würden. Was es zu bedeuten hat, wenn die chinesische Staatsgewalt sich auch in Zukunft beratige Eingriffe in die Verwaltung des Gefandtschaftsbezirks erlauben würde, wird klar, wenn man sich erinnert, daß hier vor noch gar nicht langer Zeit

der junge Mandchuk-Kaiser seine Zustimmung und damit dem Zugriff der chinesischen Behörden entzogen war. Nach der jetzt geschlossenen Reichsliste werden die chinesischen Beamten in der Lage sein, alle diejenigen Schritte zu unternehmen, die in ihrem Interesse liegen. Nicht mit Unrecht wüsste man daher dem holländischen Diplomaten vor, daß er nicht seinerseits für die von ihm gewünschte, in ihrer Wirkung umgrenzte Tätigkeit der chinesischen Polizei die eigene Kontrolle ausübt, so daß sie also in Räumlichkeiten eindringen vermöchte, die nach allgemeiner internationaler Auffassung durch die Exterritorialität geschützt sind.

Aber die Angelegenheit hat noch eine andere ernste Seite. Die Tatsache, daß das Vorgehen Tschangisins gegen die Sowjetgesellschaft nur durch die Duldung konsequenter der übrigen Mächte ermöglicht wurde, läßt sich nicht mehr aus der Welt schaffen. Es versteht sich von selbst, daß die südchinesischen Agitatoren diese Tatsache benutzen, um den Haß gegen eben diese Mächte zu schüren, was ihnen umso leichter wird, als sich in den letzten und in Shanghai ähnliche Maßnahmen gegen die russischen Konsulate beobachten lassen. In Shanghai war dabei sogar die internationale Niederlassungsverwaltung unmittelbar beteiligt, wodurch die Verletzung der Unparteilichkeit zu Ungunsten der Kantoneen noch krasser in die Augen tritt. Auf der anderen Seite wird dem Vorgehen Tschangisins nur problematischer Wert beigemessen werden können, weil man von sowjetischer Seite sofort erklärt, daß die geschilderten Dokumente Fälschungen seien. Die ganze Aktion gegen die Sowjetgesellschaft scheint also ziemlich überflüssig zu sein und erklärt sich nur durch den inneren Haß gegen den russischen Kaiser, die Sowjetunion in China so viel wie möglich zu kompromittieren.

Man wird abzuwarten haben, ob die Dinge bei ihrem jetzigen Stande verbleiben werden. Auch im Inneren Chinas wird nicht so heiß geessen, wie es geschrien wird. England wie Rußland werden sich auf eine sehr lange Dauer ihres Wirkens gefaßt machen müssen, bis eine Entscheidung reifen wird. Zu bedauern ist nur das eine chinesische Volk, das sich im Glauben wähnt, für nationale Zwecke zu kämpfen und in Wirklichkeit als Opfer der miteinander um wirtschaftliche und politische Vorteile ringenden fremden Mächte auf die Schlachtbühnen getrieben wird.

Telegrammwechsel zwischen der Sowjetunion und der Kantongregierung.

(Moskau, 12. April. Das Volkstribunal der Kantongregierung erhielt von Außenminister Eugen Tschin ein Telegramm, worin das tiefe Bedauern der kantongesischen Regierung anlässlich des Vorfalles überläßt ausgesprochen und erklärt wird, daß die nationale Regierung gegen die von Tschangisins der Sowjetunion und der Bürger der Sowjetunion zugefügte Verletzung strenger Maßnahmen ergreifen werde. In dem Antworttelegramm erklärt Katschan, die Kantongregierung habe nicht bezweifelt, daß die von der Peking-Polizei verübte Gewalttat die Entfaltung der nationalen Regierung erregen werde.

Hausdurchsuchungen in Shanghai und Hankau.
(Shanghai, 12. April. Die Anführer der kommunistischen Bewegung haben heute morgen um ansehnliche Hausdurchsuchungen in den Vorstädten der Stadt Arbeiterverbände in den Vorstädten Shanghai. Bei den Durchsuchungen wurden 15 Arbeiter verhaftet und viele verwundet. 600 wurden entlassen und 7 Maschinen zerstört, 800 Gewehre, Pistolen, Patronen und sonstige Munition wurden beschlagnahmt. Zahlreiche Personen wurden verhaftet und verhaftet wurden.

Ein amerikanischer Kommentar.

(Washington, 12. April. Das Staatsdepartement veröffentlicht die Note an die Kantongregierung mit folgendem Kommentar: Die von den kommunistischen Verbänden in Shanghai und Hankau geforderten Bedingungen sind absichtlich unzulässig gestellt und stellen das Leben in Gefahr. Es ist zu hoffen, daß die Kantongregierung die von den kommunistischen Verbänden geforderten Bedingungen ablehnen und die von der Regierung angebotenen Bedingungen annehmen werden. Die Kantongregierung ist zu hoffen, daß sie die von der Regierung angebotenen Bedingungen ablehnen und die von der Regierung angebotenen Bedingungen annehmen werden.

Kämpfe zwischen Kommunisten und Antikommunisten in Shanghai.

(Paris, 12. April. Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas meldet aus Shanghai: Gestern wurde der Führer der Gewerkschaften festgenommen, und vor ein Kriegsgericht gebracht. Er soll eingekerkert haben, von den Kommunisten bezahlt worden zu sein, um den Führer des rechten Flügels der Kommunisten-Partei zu ermorden. Der Verhaftete hat einen Befehl über die Entlassung der Gewerkschaften unterzeichnet. In der Nacht hat eine Abteilung von 10.000 Antikommunisten den von den Gewerkschaften besetzten Bahnhof angegriffen. Nach einseitigem Beschuss haben sie das Gebiet räumen müssen. Die Verluste der Kommunisten sollen bedeutend sein. Man rechnet mit einem Uebertritt der kommunistischen Aktion auch auf andere Vorstädte.

Eine chinesische Drohung.

(London, 12. April. Der nationalchinesische Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Auo Tai Tsching, erhob nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ aus Shanghai gegen die Umfassung der Sowjetgesellschaft und gegen das Ueberfließen chinesischer Gebiete durch britische Flugzeuge Einspruch und verlangte die sofortige Einstellung dieser ungesetzlichen Handlungen und eine angemessene Entschädigung. Da sonst die Kantong-Truppen offensichtliche Maßnahmen gegen die britischen Flieger ergreifen würden.

Möglichkeit japanischen Eingreifens?

(London, 12. April. Der Sonderberichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet aus Shanghai: Die Sow-

Peking über die Ereignisse in China.

× Moskau, 11. April.

In seiner Rede auf dem Moskauer Rätekongress sagte der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, Peking, mit Bezug auf die jüngsten Ereignisse in China u. a.:

Bei allen feindlichen Aktionen gegen die Sowjetunion in Peking und die Sowjetunion in anderen Städten Chinas ist hervorzuheben, daß alle Gewalttaten unter dem Schutz und selbst der direkten Teilnahme der Vertreter des diplomatischen Korps verübt wurden. Deshalb fällt die Verantwortung hierfür nicht allein auf die Peking-Regierung, sondern auch auf die sogenannten Protokollmächte.

Die Regierungen einiger Länder haben die Sowjetregierung bereits offiziell versichert, daß ihre diplomatischen Vertreter an der Entscheidung der Frage der Zulassung von Gewalttätigkeiten gegenüber den staatlichen Organisationen der Sowjetunion nicht teilgenommen haben. Sie haben betont, daß dies ohne ihr Wissen und gegen ihren Wunsch geschah. Es ist jedoch überaus bezeichnend, daß die Sowjetregierung bisher keine derartigen Versicherungen, beispielsweise von den Regierungen Englands und Italiens, erhalten hat.

Die Peking-Regierung sucht den Ueberfall dadurch zu rechtfertigen, daß sie in den Räumen des Militärattachés angeblich der Peking-Regierung unerwünschte chinesische Bürger verborgen hielt. Die Schwärzung von Untergrund im internationalen Bereich an Führer oppositioneller Parteien in China ist üblich geworden. Der Döner des diplomatischen Korps, der holländische Gesandte, gewährte erst vor einigen Jahren dem Minister der chinesischen Regierung Zutritt. Noch unlängst bei der Einnahme Tschangisins wurden 2000 Schaulustige auf das Territorium der fremden Niederlassung, von wo sie durch Einstellung in die Armee Tschangisins nach Singtau befördert wurden. Die Sowjetunion hat auf chinesischem Gebiet keinen einzigen Soldaten und beschäftigt nie, Streiktruppe zur Einnahme in die inneren Angelegenheiten

der Japaner beansprucht das höchste Interesse, da alle Anzeichen auf eine allgemeine Mobilisierung des japanischen Heeres hindeuten. Der Vorrat an Kriegsmunition ist sehr groß. Der Vorrat an Kriegsmunition ist sehr groß.

Der Osterurlaub des Reichsanzlers.
Freiburg, 12. April. Reichsanzler Dr. Marx ist mit seiner Familie in einem badiischen Kurort eingetroffen, wo er den Osterurlaub verleben wird.
Hausdurchsuchung bei einem Weibsmilchgebe.
Berlin, 12. April. Die Polizei in Schmalzden nahm bei einem früheren Milchkühe der Weibsmilchgebe, dem Wirtin Frau W. S. S., der bei dem früheren konservativen Reichstagsabgeordneten Reichstagsrat W. S. S. wohnte, eine Hausdurchsuchung vor. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge soll sich aus vorliegenden Unterlagen ergeben haben, daß die Frau W. S. S. als Milchkühe der Weibsmilchgebe noch besteht. Es sollen auch Pistolen und Gewehrmunition beschlagnahmt worden sein.

Großzentrale und Barmarkredite.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 12. April. (Eig. Draht.)
Im Barmarkprozeß wurde in der Dienstagsverhandlung nochmals Ministerpräsident L. S. S. von dem Reichsgericht über den Kreditverleih zwischen Reichspost und Reichsbank verurteilt. Die Urteile des Reichsgerichts ergaben eine völlig neue Version, denn es ging aus der Urteilsurkunde hervor, daß die Reichsbank, entgegen der bisherigen Annahme der Urteile, den Kredit an die Reichspost aus eigenen Mitteln gegeben hat, die Urteile des Reichsgerichts ergaben eine völlig neue Version, denn es ging aus der Urteilsurkunde hervor, daß die Reichsbank, entgegen der bisherigen Annahme der Urteile, den Kredit an die Reichspost aus eigenen Mitteln gegeben hat.

Auflösung des litauischen Seim.

× Romo, 12. April.
In der heutigen Sitzung des litauischen Seim kam auch der Fall Dr. Pajauskas zur Sprache. Die Mehrheit des zur Prüfung dieses Falles in der letzten Sitzung gebildeten Ausschusses hat sich auf den Standpunkt, daß die Verhaftung Dr. Pajauskas in Unrecht ist, ausgesprochen. Der Ausschuss hat dem Seim eine Erklärung über die Verhaftung Dr. Pajauskas überreicht. Die Mehrheit des Ausschusses hat sich auf den Standpunkt, daß die Verhaftung Dr. Pajauskas in Unrecht ist, ausgesprochen.

Aufrechterhaltung des Kriegszustandes im Memelgebiet.

× Romo, 12. April. In der heutigen Sitzung des Seim erklärte der Ministerpräsident auf die Anfrage der litauischen Delegation über den Kriegszustand im Memelgebiet, daß der Kriegszustand im Memelgebiet aufrechterhalten werden müsse.

Budgetrede des bayerischen Finanzministers.

München, 12. April. Finanzminister Dr. Krausnel verlas in seiner Budgetrede auf das Defizit des Jahres 1925 und 1926 und den starken Gegensatz zwischen der damaligen Lebensverhältnisse des Reiches und der auf das erste gedrohten Lebensverhältnisse der Länder. Der Minister anerkannte, daß die Uebernahme der Erwerbslosenunterstützung zweifellos eine starke Entlastung der Länder bedeute und die Erhöhung der Biersteuerentschädigung in drei fidejussoren Ländern eine erhebliche Einnahmeverbesserung gebracht habe. Aber es handele sich hier nicht um eine einseitige Bevorgung, sondern um die gerechte Abgrenzung eines berechtigten Anspruchs auf Grund von Uebererwerb und Gewinn. Mit Bayern stellt der Finanzminister fest, daß die von Bayern erzielte Verbesserung der Situation des Reiches gegenüber dem Frieden und verante Verantwortung best. Beschränkung der Gesetzgebungsmaßnahme.

Deutsches Reich.

Reichspräsident von Hindenburg in Hannover.

(Berlin, 12. April. Reichspräsident von Hindenburg ist heute mittags in Hannover eingetroffen, um dort seinen Osterurlaub zu verbringen. Zur Begrüßung des Reichspräsidenten hatten sich die Spitzen der Behörden auf dem Bahnhof eingefunden.

Keine Reichspost A.-G., kein Tabakmonopol usw.

Berlin, 12. April. Die Meldung eines Berliner Blattes, daß die Reichsregierung beabsichtige, die Reichspost ähnlich wie die Reichsbahn in eine Aktien-Gesellschaft umzuwandeln, ein Tabakmonopol zu schaffen, das Branntweinmonopol zu erweitern und die Zölnerwirtschaft für den Danksplan auszuwerten, hat

Chinas zu entsenden. Die Propagierung feindlicher Aktionen gegen die Sowjetunion in China verfolgt den Zweck, die Sowjetunion mit China zu entzweiten. Diese Propagierung des Krieges zwischen China und der Sowjetunion durch die imperialistische Mächte wurde und wird auch künftighin von den Vertretern der Sowjetunion durch dieselbe beharrliche Friedenspolitik widerlegt werden, die die Sowjetregierung in all den verflochtenen Jahren durchgeföhrt hat. Die von der Sowjetregierung gestellten Forderungen sind minimal und ermöglichen es der Peking-Regierung, die Gefahr weiterer Vorkommnisse abzuwenden. Die Sowjetunion hat nicht zu Repräsentanten gegriffen. Ihre Maßnahmen zur Liquidierung des Konfliktes werden unentwegt auf Wahrung und Sicherung des Friedens gerichtet sein. Die Erreichung dieses Zieles hängt jedoch nicht allein von der Sowjetregierung ab.

Das Regierungsbüro „Sowjetika“ behauptet in einem Leitartikel, daß die Großmächte die Absicht hätten, die Nazis in der russischen Politik in Peking zum Vorschein eines neuen Weltkrieges zu gestalten, den die Sowjetregierung mit allen Kräften unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung ihrer Würde zu vermeiden suche. Das Blatt kommentiert die Zurechnung des russischen Gesandtenstrahls unter gleichzeitiger Befragung der Konsularbeamten auf ihren Posten wie folgt: Ein ähnlicher Schritt von Seiten eines bürgerlichen Staates würde als ein Zeichen von Schwäche angesehen und als ein Preisverzicht betrachtet werden. Die Sowjetregierung hält es für wichtiger, sich nicht in einen bewaffneten Konflikt hineinzulassen, als ihr Prestige gegenüber den anderen Mächten aufrecht zu erhalten und ihre Macht zu zeigen, und sie ist davon überzeugt, daß die Waffen ihre Stellung verfestigen und billigen werden. Wir sind der Ansicht, daß unsere Macht und unser Ansehen nicht durch Vergeltungsmaßnahmen, sondern durch unseren feindlichen Wunsch, ein neues Weltkriebsbad zu verhindern, wirklich gefördert werden.

wie die B. J. erzählt, keinerlei Tatsachen zur Grundlage. An der Meldung ist kein wahres Wort.

Der Osterurlaub des Reichsanzlers.

Freiburg, 12. April. Reichsanzler Dr. Marx ist mit seiner Familie in einem badiischen Kurort eingetroffen, wo er den Osterurlaub verleben wird.

Hausdurchsuchung bei einem Weibsmilchgebe.

Berlin, 12. April. Die Polizei in Schmalzden nahm bei einem früheren Milchkühe der Weibsmilchgebe, dem Wirtin Frau W. S. S., der bei dem früheren konservativen Reichstagsabgeordneten Reichstagsrat W. S. S. wohnte, eine Hausdurchsuchung vor. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge soll sich aus vorliegenden Unterlagen ergeben haben, daß die Frau W. S. S. als Milchkühe der Weibsmilchgebe noch besteht. Es sollen auch Pistolen und Gewehrmunition beschlagnahmt worden sein.

Großzentrale und Barmarkredite.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 12. April. (Eig. Draht.)
Im Barmarkprozeß wurde in der Dienstagsverhandlung nochmals Ministerpräsident L. S. S. von dem Reichsgericht über den Kreditverleih zwischen Reichspost und Reichsbank verurteilt. Die Urteile des Reichsgerichts ergaben eine völlig neue Version, denn es ging aus der Urteilsurkunde hervor, daß die Reichsbank, entgegen der bisherigen Annahme der Urteile, den Kredit an die Reichspost aus eigenen Mitteln gegeben hat, die Urteile des Reichsgerichts ergaben eine völlig neue Version, denn es ging aus der Urteilsurkunde hervor, daß die Reichsbank, entgegen der bisherigen Annahme der Urteile, den Kredit an die Reichspost aus eigenen Mitteln gegeben hat.

Auflösung des litauischen Seim.

× Romo, 12. April. In der heutigen Sitzung des Seim kam auch der Fall Dr. Pajauskas zur Sprache. Die Mehrheit des zur Prüfung dieses Falles in der letzten Sitzung gebildeten Ausschusses hat sich auf den Standpunkt, daß die Verhaftung Dr. Pajauskas in Unrecht ist, ausgesprochen. Der Ausschuss hat dem Seim eine Erklärung über die Verhaftung Dr. Pajauskas überreicht. Die Mehrheit des Ausschusses hat sich auf den Standpunkt, daß die Verhaftung Dr. Pajauskas in Unrecht ist, ausgesprochen.

Aufrechterhaltung des Kriegszustandes im Memelgebiet.

× Romo, 12. April. In der heutigen Sitzung des Seim erklärte der Ministerpräsident auf die Anfrage der litauischen Delegation über den Kriegszustand im Memelgebiet, daß der Kriegszustand im Memelgebiet aufrechterhalten werden müsse.

Budgetrede des bayerischen Finanzministers.

München, 12. April. Finanzminister Dr. Krausnel verlas in seiner Budgetrede auf das Defizit des Jahres 1925 und 1926 und den starken Gegensatz zwischen der damaligen Lebensverhältnisse des Reiches und der auf das erste gedrohten Lebensverhältnisse der Länder. Der Minister anerkannte, daß die Uebernahme der Erwerbslosenunterstützung zweifellos eine starke Entlastung der Länder bedeute und die Erhöhung der Biersteuerentschädigung in drei fidejussoren Ländern eine erhebliche Einnahmeverbesserung gebracht habe. Aber es handele sich hier nicht um eine einseitige Bevorgung, sondern um die gerechte Abgrenzung eines berechtigten Anspruchs auf Grund von Uebererwerb und Gewinn. Mit Bayern stellt der Finanzminister fest, daß die von Bayern erzielte Verbesserung der Situation des Reiches gegenüber dem Frieden und verante Verantwortung best. Beschränkung der Gesetzgebungsmaßnahme.

Deutsches Reich.

Reichspräsident von Hindenburg in Hannover.

(Berlin, 12. April. Reichspräsident von Hindenburg ist heute mittags in Hannover eingetroffen, um dort seinen Osterurlaub zu verbringen. Zur Begrüßung des Reichspräsidenten hatten sich die Spitzen der Behörden auf dem Bahnhof eingefunden.

Keine Reichspost A.-G., kein Tabakmonopol usw.

Berlin, 12. April. Die Meldung eines Berliner Blattes, daß die Reichsregierung beabsichtige, die Reichspost ähnlich wie die Reichsbahn in eine Aktien-Gesellschaft umzuwandeln, ein Tabakmonopol zu schaffen, das Branntweinmonopol zu erweitern und die Zölnerwirtschaft für den Danksplan auszuwerten, hat

Juges wurde verhaftet, jedoch kann man ihm nur geringe Schuld vorwerfen, da die Verhältnisse auf dem Brünner Bahnhof viel zu wünschen übrig lassen.

Aufhebung des Konkurses der Herzogin von Schleswig-Holstein.

— Breslau, 12. April. In der Konkursache über das Vermögen der Herzogin Dorothea Marie zu Schleswig-Holstein meldet die Schlesische Zeitung: Der Konkurs der Herzogin, Prinz Johann Georg zu Schleswig-Holstein-Glücksburg, der seine angeblichen Rechte nur dem auten Willen der Herzogin verleiht, hatte durch seinen letzten Willen als Kläger den Konkurs über das Vermögen seiner Witwe beantragt. Das Amtsgericht zu Protokoll hat das Konkursantrag statgegeben. Das Konkursgericht hat am 12. April den Konkurs mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Trotz dieses Beschlusses des höheren Gerichtes erhob das Amtsgericht zu Protokoll einen Beschlus, wonach der Konkursverwalter, Amtsgerichtsrat M. Weber, bis zur Rechtskraft im Amt bleibe. Hiergegen legte die Herzogin beim Landgericht zu Protokoll einen Einspruch ein, das Landgericht hat den Beschlus aufgehoben und den Konkursverwalter seines Amtes enthoben. Hieran legte der Prinz eine Beschwerde beim Schlesischen Obergericht ein. Dieses wies heute die Beschwerde endgültig, rechtskräftig zurück. Damit fand der Konkurs rechtskräftig sein Ende.

Vermischte Nachrichten.

Tragischer Unglücksfall.

Hagen, 12. April. Der Sohn einer hiesigen Familie, der in einer auswärtigen Fabrik beschäftigt war, wurde von einem schweren Eisenstück so unglücklich getroffen, daß der Tod alsbald eintrat. Als man den Mutter die traurige Nachricht überbrachte, erlitt sie einen Schlaganfall und war sofort tot.

Wegen Alleenbeseitigung verhaftet.

— Berlin, 12. April. In der Angelegenheit der Alleenbeseitigung des von einigen Tagen verhafteten Reichsangehörigen Georg Müller vom Amtsgericht Charlottenburg sind drei weitere Verhaftungen nachzuziehen, und die drei Personen, deren Alleen gegen Beseitigung verhaftet wurden, verhaftet worden.

Großfeuer bei Heinrich Freese.

Berlin, 12. April. In der Stahlschloß- und Holzplattfabrik von Heinrich Freese & Co. in Berlin-Neukölln, 33, in der Friedrichshagen, brach heute nacht gegen 3 Uhr Feuer aus, das sehr großen Umfang annahm. Der Brandherd der Fabrik ist durch eine herabgefallene elektrische Leitung entstanden. Die Fabrik wurde durch den Brand fast vollständig zerstört. Die Fabrik wurde durch den Brand fast vollständig zerstört. Die Fabrik wurde durch den Brand fast vollständig zerstört.

Einschlag eines Baugerätes.

Berlin, 12. April. In der Nacht zum heutigen Morgen ein Teil eines Baugerätes infolge Bruches einer Seilwinde in ein 68 Jahre alter Mauerwerk wurde dabei schwer verletzt.

Dr. Unklugs Leiche beschlagnahmt.

— Breslau, 12. April. Wie die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ erfahren, ist die Leiche des unter dem Namen Dr. Unklugs bekannten Propagandachefes der Antiführer, des Kaufmanns Paul Wacziarg, von der Kriminalpolizei beschlagnahmt worden, da der bringende Verdacht besteht, daß Wacziarg keines natürlichen Todes gestorben ist, sondern den Folgen einer Kopferkugelerlag, die er anlässlich einer Schlägerei davongetragen hatte.

Festnahme internationaler Taschendiebe.

Hamburg, 12. April. In einem Theater wurden zwei Griechen auf frischer Tat beim Taschendiebstahl ergriffen. Es wird angenommen, daß sie bereits früher ähnliche Streiftöge verübt haben.

Untergang eines deutschen Motorloggers vor Alaska.

Hamburg, 12. April. Der Motorlogger „Verte Brede“ aus Herten mit einer Eislandung in der Ostsee unterwegs wurde im schweren Sturm in der Ostsee und sank. Dem Hamburger Dampfer „Erla“ gelang es, den Kapitän, der sich in schwerem Zustand auf treibenden Holzstücken angelangt hatte, zu retten. Der Besatzmann und ein Leichtmatrosen sind untergegangen.

Arthur Bollmer gestorben.

— Barmen, 12. April. Der Schauspieler Arthur Bollmer ist heute vormittag nach schwerer Krankheit gestorben. Bollmer, der 78 Jahre alt geworden ist, gehörte zu den bedeutendsten Mitgliedern des alten Berliner Königl. Schauspielhauses.

Ueberfall auf eine deutsche Veranstaltung.

Berlin, 12. April. Die Schulkommission der deutschen Minderheitenschule in Prag (Königl. Oberrealschule) veranstaltete für sämtliche Kinder einen Märchenabend mit Lichtbildvorführen. Trotz des von den Behörden zugesagten polizeilichen Schutzes erschien eine Gruppe von etwa 50 jugendlichen, die derartig stürmten und die Veranstaltungsgelände bedrohten, daß die Veranstaltung abgebrochen werden mußte. Erwischnamen handelt es sich um von auswärtig bestellte und für diesen Zweck bestellte Elemente.

Beim Transport von Eisenträgern verunglückt.

Ludwigshafen, 12. April. Beim Transportieren von eisernen Trägern wurde ein Schlosser in die eisernen Eisenträger von einem ins Schwanken geratenen Eisenträger so unglücklich am Kopf getroffen, daß er sofort tot war.

Die Verurteilung Dr. Nolbins abgewiesen.

(1) Hannover, 12. April. Die heute eingetroffene private Nachricht besagen, daß das Justizministerium die Verurteilung Dr. Nolbins gegen seine Berufung abgelehnt hat. Das Urteil des Präsidialrats von Trier ist damit rechtskräftig geworden.

Schweres Fährbootsunglück auf Korea.

London, 12. April. In der Chulha-Bai auf Korea kenterte ein mit 200 Personen besetztes Fährboot. Bisher konnten 25 Leichen geborgen werden. Die Gesamtzahl der Todesopfer steht noch nicht fest, soll jedoch beträchtlich sein.

Beschädigung der Leipziger Buchausstellung durch Amerika.

— New York, 12. April. Das amerikanische Institut für grafische Kunst teilte mit, daß Amerika die von Mai bis September dauernde internationale Buchausstellung in Leipzig besichtigen werde.

m. Marien-Eyge

erinnen der Uni
Egzeums. Von die
Franziska Borge
Joseph Düttin, G
Krüger, Wie Krüger
wig Müller, Hilde
Schwarz, Annemar
Steiner, Gertrud
ding; aus Borkel
mann, Maria Lüth
aus Stabfahne
bruch; Marien-Ey
haben sich bis jet
Luzern ist auch
verbunden. In der
schen, die nicht das
weilen können od
legenheit geboten,
der Handarbeit sic
find möglichst bald
Frau. Auch Anne
noch entgegen gene
j. Bauffe. Der
von der Stadtverwa
volle Abrechnung
deren Befolgung de
possessionen Münst
neuen Postament an
Anbringung von ei
vier Weller haltig
hohen von Künstler
Verwendung entspi
den Handel, die Le
geben dem Aufstie
das Fassadenbild, d
eindruck wirkungsv
soll auch der Reiche
des Gebäude ange
einen Fremden als

Montagabend ge
15 Bällen Baumwo
Alteisen, den Bran
Wasserschlauch zu lö
j. Verletzungsfall
ein junger Mann
Personenstromwagen
mit dem Sanitätsau

a. Dingden, 12.
Am Montag nachm
eins Zentrumsfrauen
sehr stark beschuld
abgeordnete Frau G
ausführte: Man spre
Wohnungsfragen un
Familie angehen, ob
Warum dies? Auch
muß auch wissen, w
trum wählen muß.
Frauenwahlrecht ge
das Parlament zu sch
vorher der Meinung,
politischen Fragen un
werden müsse. Da m
so fragen wir uns:
trum? — Wir ha
von der Rechten, w
Gesetz und Schule
gelsen nicht nur für
Welt. In der Poli
Fragen, die die Kom
erziehung, die Wohn
unter dem besonde
fassung. Nun fordern
der Ehegesetze, die
neuen Paragraphen
das ein Recht für
für uns Katholiken
liche Ehegesetze, die
Auch die Erziehung
Nach dem Ercheit l
Kindes zu bestimmen
den gewahrt werden
zum großen Teil der
das Zentrum alles de
zu erhalten. Man
Vereinschaftschule

Aktuelle Ze...

Auf der Kommu
partei des Kreises
führte Frau Landtag
Aktuelle Fragen der
des aus: In den letz
lag neben Eatsbera
fragen wie auch mit
telt. Die wesentlic
einzelnen Fragen un
hierzuvolle sie in
allam die Verwalte
und ihre Reformen
besonderen Interesse
Landgemeinbeordnun
Bürgermeister des
habe sich dahin gene
gemeinten überlassen
oder besoldeten Bürger
bringe wesentliche
Gemeinbeordnungs
dauer der auf Leben
diesem Punkt kam i
rungen zu dem Sch
angelegten Bedürfnis
bleiben sollten. Ege
gleichzeitig nebenme
hauptlich darauf
Kommunen zu stiften
und städtischen Körper

